



02/2013

Haushalt 2013: Fall für Rechnungshof

Auch in der zweiten Lesung des NRW-Landeshaushaltes konnte die Landesregierung kein Konzept zur Reduzierung der Neuverschuldung vorlegen. In Zeiten guter Konjunktur, hoher Beschäftigung, niedriger Zinsen und hoher Steuereinnahmen erhöht Rot-Grün den Schuldenstand auf ein historisch hohes Niveau. Wird dieser Kurs nicht so schnell wie möglich korrigiert, wird es NRW nicht gelingen, die Vorgaben der Schuldenbremse bis zum Jahr 2020 einzuhalten.

■ [Pressemitteilung von Ralf Witzel zur Landtagsdebatte](#)

Werkstattgespräch: Zukunft durch solide Landesfinanzen sichern

Mit dem Werkstattgespräch hat die FDP-Landtagsfraktion ein neues Dialog-Format ins Leben gerufen. Am 14. März diskutieren Finanzexperten aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft über Auswege aus der Schuldenfalle. Zu diesem Dialog laden wir Sie herzlich ein.

■ [Einladung zum Werkstattgespräch](#)

FDP fordert Senkung der Stromsteuer

Die FDP-Landtagsfraktion bleibt weiter die treibende Kraft in der Energiepolitik. Während der zuständige Minister Duin bisher keine eigenen Vorschläge zur Gestaltung der Energiewende in den Landtag eingebracht hat, will die FDP eine Senkung der Stromsteuer durchsetzen. Ministerpräsidentin Kraft und Minister Duin hatten diese Forderung bisher unterstützt – die Grünen lehnen den Vorschlag hingegen ab. In dem Antrag der FDP heißt es wörtlich: „Vor dem Hintergrund weiterer greifbarer Kostensteigerungen ist eine Senkung der Stromsteuer der kurzfristig zielführendste Weg, um eine spürbare Entlastung bei den Stromkosten zu erreichen.“ Darüber hinaus hatte die FDP schon im vergangenen Jahr vorgeschlagen, die Subventionen für erneuerbare Energien zu kürzen und das EEG durch ein marktwirtschaftliches Modell zu ersetzen. Diese Vorschläge sind in einer öffentlichen Anhörung des Landtags in der vergangenen Woche auf große Zustimmung der Sachverständigen gestoßen.

■ [Gastkommentar von Christian Lindner in der Welt](#)

■ [Antrag der FDP-Fraktion zur Senkung der Stromsteuer](#)

■ [FDP-Initiative für Gestaltung der Energiewende](#)



Gerhart Baum im Dialog mit der Fraktion

In der vergangenen Woche (19.2.) hat Gerhart Baum, früherer Bundesinnenminister und jetziger Vorsitzender des Kulturrates NRW, die FDP-Fraktion besucht. Er debattierte mit den 22 liberalen Abgeordneten unter anderem über Kulturpolitik. Mit Blick auf die anstehende Novellierung des Verfassungsschutzgesetzes hat die FDP-Fraktion eigene Vorschläge erarbeitet. In einem Antrag für die kommende Landtagssitzung im März schlägt sie vor, die Kontrolle zu verbessern, das Parlament zu stärken und einen Bürgeranwalt zu installieren.

■ [FDP-Antrag zur Reform des NRW-Verfassungsschutzes](#)

Weitere Initiativen der FDP-Landtagsfraktion

Stärkungspakt Gymnasien: Die FDP setzt sich für gerechte Bedingungen für alle Schulformen ein und will mit einem eigenen Antrag dafür sorgen, dass die Gymnasien, die beliebteste weiterführende Schulform, gestärkt werden. Eine Chance zur Verbesserung der individuellen Förderung an Gymnasien bietet die Schulzeitverkürzung, durch die im Durchschnitt eine zusätzliche Lehrerstelle für individuelle Förderung an jedem der 627 Gymnasien belassen werden kann.

Direkte Demokratie stärken: Die FDP wirbt dafür, Defizite bei der praktischen Umsetzung von direkter Demokratie in den Kommunen zu beheben und diese rechtssicher und bürgerfreundlich zu gestalten. Die Liberalen fordern daher ein einheitliches Vorgehen bei der Anerkennung von Unterschriften für Einwohneranträge und Bürgerbegehren. Zudem soll die inhaltliche Zulässigkeit bereits vor Beginn der Unterschriftensammlung verbindlich festgestellt werden.

Bettensteuer abschaffen: Nachdem mehrere Gerichte die Bettensteuer für verfassungswidrig erklärt haben, fordern die Liberalen die rot-grüne Landesregierung auf, die Genehmigung der Steuer zurückzunehmen.

■ [Antrag Stärkung Gymnasien](#) ■ [Antrag Bettensteuer](#) ■ [Antrag Direkte Demokratie](#)

Dichtheitsprüfung

Statt die von FDP und CDU vorgeschlagene bürgerfreundliche Regelung zu unterstützen, haben SPD und Grüne ein neues Landeswassergesetz verabschiedet. Damit werden Eigenheimbesitzer nach wie vor unter einen Generalverdacht gestellt, so die Kritik vieler Bürgerinitiativen. Die FDP hatte vorgeschlagen, den Kanal-TÜV nur bei begründetem Verdacht auf Vorliegen einer bedeutenden Boden- oder Grundwasserverschmutzung vorzuschreiben.

■ [Gesetzentwurf von FDP und CDU](#)